

nationalrat 10 (apa)

abg. stueber (parteilos) meinte, zwischen den auf-  
fassungen der sprecher beider regierungsparteien, die heute  
zu wort kamen, herrsche eine merkwuerdige diskrepanz. waehrend  
naemlich der eine, abg. gorbach, betont habe, es gebe kein de-  
mokratisches militaer, habe der andere, abg. probst, betont, die  
sozialisten wuerden nur einem demokratischen militaer zu-  
stimmen, beide parteien stimmen aber fuer das gleiche wehrgesetz.  
dieses muesse also in seiner auslegbarkeit so dehnbar sein, dass  
es schon aus diesem grunde nicht gut genannt werden koenne.  
der redner erklaeerte sodann, wenn die jugend heute alles  
soldatische ablehne, so taete sie nur das nach, was man ihr seit  
1945 immer wieder vorgepredigt habe. insbesondere die  
sozialisten seien dabei vorangegangen, gegen das militaer und  
die offiziere gift und galle zu verspritzen. noch im jahre  
1948 sei in der "arbeiter-zeitung" zu lesen gewesen, dass  
jeder krieg ungerecht sei. heute nun wolle die spoe mit der  
zustimmung zum wehrgesetz unsere jugend also zu einem sitten-  
widrigen verhalten verfuehren und es sollen wieder offiziere  
ausgebildet werden, die in dem damaligen artikel ganz allgemein  
nur die "hunde" genannt wurden. die jugend habe sich aber all

.....

1615/100

..... die jugend habe sich aber all  
dies sehr wohl gemerkt.

abg. dr. stueber betonte, er werde der aufstellung eines  
bundesheeres solange seine zustimmung nicht geben, als  
oesterreich durch den staatsvertrag volle militaerische  
souveraenitaet vorenthalten bleibe. das oesterreichische  
parlament sollte klar und eindeutig zum ausdruck bringen,  
dass ein bundesheer nur dann aufgestellt werde, wenn die  
einschraenkenden klauseln des staatsvertrages fallen. man wuerde  
dann sehr rasch erleben, dass oesterreich seine volle  
wehrhoheit erhaelt. gerade die geographische lage oesterreichs  
wuerde es ja notwendig machen, dass oesterreich sein heer mit  
modernen waffen ausruestet.

auf einen zwischenruf des abgeordneten altenburger  
erwiderte abg. dr. stueber: "nach meinung der oeffentlichkeit  
sind sie ein eingebildeter schuster", weshalb er kurz darauf  
vom praesidenten boehm in seiner rede unterbrochen wurde und den  
ordnungsruf erhielt.

dr. stueber lehnte die allgemeine wehrpflicht ab, da der  
ausgang eines kuenftigen krieges nicht vom einsatz von massen-  
armeen abhaengig sein werde, sondern von der verwendung einzelner  
kleiner spezialtruppen. die festsetzung der ausbildungszeit

auf neun monate /nicht aus sachlichen erwagungen erfolgt, sei  
sondern stelle nichts anderes als das arithmetische mittel zwischen  
den von der oevp geforderten zwolf monaten und den von der  
spoe verlangten sechs monaten ausbildungszeit dar.

seiner meinung nach wuerde die staatsbuergerliche  
erziehung viel besser erreicht werden, wenn man an stelle  
des bundesheeres einen allgemeinen bundesarbeitsdienst einfuehren  
wuerde. die fuer das bundesheer vorgesehenen mittel - man  
hoere von rund einer milliarde schilling fuer das erste jahr -  
koennten seiner ansicht nach zur verteidigung des abendlandes  
gegen die kommunistische ideologie und infiltration mit  
geistigen waffen verwendet werden.

als naechster sprach abgeordneter dipl. ing. hartmann  
(oevp). (fortsetzung) 1547 mzi+